

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 21./Mai 1954

Blatt 787

## Wiener Fremdenverkehr im April

=====

21. Mai (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien veröffentlicht soeben den Bericht über den Fremdenverkehr im Monat April. Darnach hielten sich im Berichtsmonat 31.984 Fremde in Wien auf, darunter 14.640 Besucher aus dem Ausland. Insgesamt wurden 89.590 Übernachtungen gezählt.

Die meisten ausländischen Besucher kamen wieder aus der Deutschen Bundesrepublik, nämlich 3.102. Aus den Vereinigten Staaten kamen 1.957, aus Italien 1.783 und aus der Schweiz 1.585 Besucher nach Wien. Im Jugendgästehaus der Stadt Wien in Pötzleinsdorf waren 1.070 Jugendliche untergebracht, darunter 530 Ausländer.

## Ablenkung der Autobus-Nachtlinie E

=====

21. Mai (RK) Die nur in den Nächten von Samstag auf Sonntag geführte Autobus-Nachtlinie E wird ab Samstag, den 22. Mai, bis auf weiteres von Stubenbrücke über Vordere Zollamtsstraße - Am Heumarkt (in der Gegenrichtung über Invalidenstraße) - Große Ungarbrücke - Ungargasse - Rennweg bis Landstraßer Hauptstraße (St.Marx) abgelenkt.



## Musikveranstaltungen in der Woche vom 24. bis 30. Mai

## 21. Mai (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 24. Mai	Mozartsaal (KH) 19.30	Klavierabend Ingrid Haebler (Werke von Haydn, Schubert, Korngold, Schumann, Ravel, Chopin)
	Schubertsaal (KH) 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Klavierabend der Klasse Prof. Grete Hinterhofer
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Konzert auf zwei Klavieren: Eva Klusacek und Inge Paul (Klasse Grete Dichler)
Dienstag 25. Mai	Gr.M.V.Saal 19.30	Jugoslawisch-Österr. Austauschkon- zerte: 2. Orchesterkonzert (Wr. Symphoniker, Dirigent Milan Horvat)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Österr. Ges. f. zeitgenössische Musik: 11. Studiokonzert "Österr. Komponi- sten laden ein" (Chorwerke von Brandstetter, Cerha, Doppelbauer, Heiller, Korda, Stadlmair, Stein- bauer, Tachezi, Walter); Wiener Madrigalkreis, Dirigent Günther Theuring
	Kammersaal (MV) 18.00	Schülerkonzert Flora Gaier
	Schubertsaal (KH) 19.30	Klavierabend Annemarie Quvam (Norwe- gen); Werke von Bach, Mozart, Beet- hoven, Brahms, Kielland, Prokofieff
	Musikakademie Vortragssaal 18.30	Akademie für Musik u.d.K.: Vortragsabend der Gesangsklasse Kammersänger Prof. Adolf Vogel
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Schlußkonzert der Zweigschule Hernals
Mittwoch 26. Mai	Brahmssaal (MV) 20.00	Klavierabend Walter Panhofer
	Kammersaal (MV) 19.30	Horak-Konservatorium: Schülerkonzert
	Mozartsaal (KH) 19.30	Bachgemeinde Wien: 6. Abend im Kantaten-Zyklus V; J.S. Bach, "Oster- und Himmelfahrts- oratorium"
	Musikakademie Orgelsaal 18.30	Akademie für Musik u.d.K.: Orgelabend der Klasse Prof. Karl Walter (Buxtehude, Bach, Reger, Ahrens, David)



21. Mai 1954

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 789

Donnerstag 27. Mai	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Liederabend Carla Dragica Martinis; am Flügel Prof. Viktor Garef (nach- geholt vom 22.4.1954).
Freitag 28. Mai	Kammersaal (MV) 19.30	Kompositionskonzert Josef Laska
	Schubertsaal (KH) 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Lieder- und Arienabend der Klasse Kammer- sängerin Prof. Maria Gerhard
	Musikakademie Vortragssaal 18.30	Akademie für Musik u.d.K.: "Die Jüngsten der Akademie musizie- ren" (Klavier, Violine, Cello, Flöte)
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Klassenabend der Violinklasse Prof. Franziska Chalupy
Samstag 29. Mai	Kammersaal (MV) 19.00	Schülerabend Johannes Kozakiewicz
	Rathausplatz 20.30	Wiener Festausschuß: Festakt zur Eröffnung der Wiener Festwochen 1954 (Wr. Symphoniker, Wr. Staatsopernballett, Dirigent Heinrich Hollreiser)
Sonntag 30. Mai	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Festausschuß: Festkonzert zur Eröffnung der Wie- ner Festwochen (Wr. Philharmoniker, Dirigent Dr. Wilhelm Furtwängler)
	Kammersaal (MV) 15.00	Schülerkonzert Maria Hammerl
	Gr.K.H.Saal 19.30	Int. Musikfest d. Wr. KHG - Wr.Fest- wochen: Eröffnungskonzert (Alexan- der Brailowsky, Klavier; Ilona Steingruber, Sopran; Wr.Symphoniker, Dirigent Eugen Ormandy)
	Schubert haus Nußdorfer Straße 54 17.00	Wr.Schubertbund - Wr.Festwochen: Schubertiade (Rose Marie Volz, Sopran; Hans Graf, Klavier; Wr. Schubertbund, Leitung Dr. Hans Gillesberger)
	Eisenstadt Schloß Esterhazy 17.00	Haydn-Fest der GdM - Wr.Festwochen: J.Haydn "Die Schöpfung" (Singverein der GdM, Hamburger Philharmonisches Staatsorchester, Dirigent GMD Joseph Keilberth)



Wiener Landtag  
=====

21. Mai (RK) Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek trat der Wiener Landtag heute vormittag zur Beschlußfassung über drei neue Landesgesetze zusammen. Es handelt sich um die Gesetzesvorlage über die öffentliche Hauskehrrichtabfuhr, um die sechste Novelle zum Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien und um das sogenannte Wiener Gasgesetz.

Es lag eine Anfrage der WdU vor sowie ein Antrag des Linksblockes, betreffend "eine EntschlieÙung des Landtages für Wien, von den Großmächten eine Vereinbarung über das Verbot von Atomwaffen zu fordern". Der Vorsitzende wies den Antrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zu.

Einheitliche Kehrrechtgebühren für Groß-Wien  
-----

Als erster Punkt der Tagesordnung gelangt das Hauskehrrichtabfuhrgesetz 1954 zur Verhandlung. Berichterstatter Stadtrat Resch (SPÖ) betont, daß der vorliegende Gesetzentwurf nicht etwa der Gemeinde neue oder erhöhte Einnahmen schaffen soll, sondern nur den Zweck verfolgt, eine Steuergleichheit, bzw. Steuergerechtigkeit in allen Gebietsteilen Wiens herzustellen. Bisher bestehen nämlich nur für die 21 alten Bezirke von Wien einheitliche Rechtsvorschriften über die Höhe der Kehrrechtabfuhrgebühren. Von den 97 Randgemeinden bestehen nur in 25 Gemeinden diesbezügliche Vorschriften, und zwar 16 verschiedener Arten. In den restlichen 72 früher niederösterreichischen Gemeinden, die nunmehr zu Groß-Wien gehören, gibt es überhaupt keine solchen Gebührenvorschriften, sodaß dort für die Kehrrechtabfuhr der Stadt Wien Gebühren nicht eingehoben werden können.

Der Gesetzentwurf unterscheidet zwischen staubfreier und nicht staubfreier Kehrrechtabfuhr. Bezüglich der ersten Gruppe sollen die Gebühren unverändert bleiben und nur auf Groß-Wien ausgedehnt werden. Für die nicht staubfreie Kehrrechtabfuhr besteht in 10 Randgemeinden eine Vorschrift aus der NS-Zeit, die die Gebühren nach der Kopffzahl jedes Haushaltes - derzeit 45 Groschen je Kopf und Monat - bemißt, die aber nicht praktisch ist und einen sehr hohen Verwaltungsaufwand erfordert. Die Gebühren für die nicht staubfreie



Kehrichtabfuhr sollen künftig nach der Größe der Wohnung bemessen werden, wobei für je volle 50 Quadratmeter eine monatliche Gebühr von 1.20 S eingehoben werden soll. Da die einfache Gebühr bis zu einer Wohnfläche von 99 Quadratmeter gilt, erscheine diese Gebühr als erträglich.

Stadtrat Resch betont abschließend noch, daß beide Kammern dem Gesetzentwurf zugestimmt und die Herstellung der Steuergleichheit und Steuergerechtigkeit im gesamten Gebiet Wiens begrüßt haben. Die heutigen Kehrichtgebühren decken keineswegs die vollen Kosten. Eine Herabsetzung der Gebühren für die nicht staubfreie Kehrichtabfuhr, die vorgeschlagen wurde, kommt daher nach Ansicht des Magistrates nicht in Frage.

Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

#### Novellierung des Dienstrechtes der Stadt Wien

Stadtrat Sigmund (SPÖ) berichtet hierauf über die 6. Novelle zum Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien. Diese Novelle bringt unter anderem zwei kleinere Änderungen der Dienstordnung. Nach einer analogen Regelung durch den Bund sollen nunmehr auch bei der Gemeinde für die Rückerstattung von Abfertigungen anlässlich von Dienstzeitanrechnungen nicht mehr die Teuerungszuschläge im Zeitpunkt der Rückzahlung, sondern im Zeitpunkt der Einbringung des Ansuchens maßgebend sein. Bei nur teilweiser Anrechnung ist die Abfertigung auch nur im entsprechenden Teilausmaß zurückzuerstat-ten. Weiter wird entsprechend einem Wunsch der Gewerkschaft eine Härte der Pensionsvorschriften beseitigt, die darin besteht, daß die 16. und 17. Gehaltstufe des Schemas I (Facharbeiter und Professionisten) nur dann der Bemessung des Ruhegenusses zugrunde gelegt wird, wenn der Beamte im Zeitpunkt der Ruhestandsversetzung das 61., bzw. das 63. Lebensjahr vollendet hatte.

Die Zuerkennung einer außerordentlichen Fahrzulage für Fahrer und Schaffner, die wegen ihres leistungssteigenden Charakters im dienstlichen Interesse gelegen ist, soll im Einvernehmen mit der Gewerkschaft vorübergehend auf einen größeren Personenkreis ausgedehnt werden; die Vorlage bestimmt, daß diese Fahrzulage im Jahre 1954 jedenfalls an 80 und in den Jahren 1955 und 1956 jedenfalls an 50 Bedienstete jährlich neu zuerkannt wird. Nach dem derzeitigen Schlüssel würden nämlich infolge der geringeren Personalaufnahmen in den Jahren 1930 bis 1932 für die nächsten Jahre keine Neuzuerkennungen möglich sein.



Abg. Dr. Soswinski (IBl.) erklärt: Die vorliegende Novelle enthält eine Reihe von Verbesserungen. Aber das gesamte Dienstrecht, das als Gesetz nicht einmal noch drei Jahre alt ist, weist bereits sechs Novellen auf, und die weiteren sind bereits deutlich vorauszusehen. Als das Gesetz beschlossen wurde, hat die Fraktion des Linksblockes nicht weniger als rund 70 Abänderungs- und Zusatzanträge gestellt, die eine Reihe von notwendigen Verbesserungen enthalten haben. Jetzt werden diese Anträge kleinweise nach einem harten Kampf der Gewerkschaften langsam in Form von Novellen ins Gesetz hineingebracht.

Unter Hinweis darauf, daß auch die vorliegenden Verbesserungen fehlerhaft und kleinlich seien, bringt Dr. Soswinski vier Anträge ein, die sich auf die Rückzahlung seinerzeitiger Abfertigungen, auf die Pragmatisierung auch nach dem 40. Lebensjahr bei seinerzeitiger Dienstzeit im öffentlichen Dienst, die außerordentlichen Fahrzulagen an die ständig verwendeten Fahrer und Schaffner im fahrplanmäßigen Linienverkehr und auf die Aufhebung der Gehaltsstufe 0 beziehen.

Abg. Skokan (ÖVP) stellt fest, daß mit dieser Novelle eine Reihe von Wünschen der Bediensteten der Stadt Wien günstig erledigt werden. Wohl waren die Erwartungen der Gewerkschaft etwas höher gestellt, doch muß mit Dank festgestellt werden, daß ein Großteil der Wünsche der Gemeindebediensteten erfüllt wurde.

Wichtig scheint die Neuregelung der außerordentlichen Fahrzulage, die nach dem 24. Dienstjahr gegeben wird. Von den zirka 7.100 Bediensteten, die täglich auf den Wagen der Wiener Straßenbahnen stehen, kommen rund tausend in den Genuß dieser außerordentlichen Zulage. Es ist nur bedauerlich, daß man keinen Prozentsatz festgelegt hat, denn es könnte unter Umständen den Anschein erwecken, daß für die 80 Leute, die im Jahre 1954 zum Zuge kommen, doch vielleicht noch andere Richtlinien als die 24 Dienstjahre maßgebend sind.

Schließlich setzt sich der Redner für die Schaffung eines Kindergärtnerinnengesetzes und die Einhaltung des Gesetzes über die Dienstordnung bei Nebenbeschäftigungen und beim Verfahren wegen ungenügender Beschreibung ein. (Beifall bei der ÖVP.)

In seinem Schlußwort geht Stadtrat Sigmund auf die vorgebrachten Wünsche ein und weist darauf hin, daß sich das Leben der städtischen Angestellten nicht allzuweit von den Lebensbedingungen der Wiener Bevölkerung entfernen könne, da die ihnen gegebenen Zugeständnisse materieller Natur im Wege des Steueraufkommens von der



Bevölkerung aufgebracht werden müssen. Sicher aber werde das Dienstrecht noch einige Veränderungen erfahren.

Inbesondere im vergangenen Jahr wurden Vorwürfe erhoben, daß die Verkehrsbediensteten zu wenig freundlich seien. Das hat sich in den letzten Monaten sehr wesentlich geändert, und erst in der vergangenen Woche konnten zwei Autobusbedienstete für eine Auszeichnung vorgeschlagen werden, weil sie weit über ihre im Dienstrecht festgelegte Verpflichtung versucht haben zu zeigen, daß die Verkehrsbetriebe und ihre Angestellten im Dienste der Wiener Bevölkerung stehen.

Das Kindergärtnerinnengesetz hängt auf Grund einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes mit der Schulgesetzgebung zusammen, und sobald es im Bund darüber zu einer Einigung kommt, wird auch das Kindergärtnerinnengesetz hier zur Behandlung kommen.

Hinsichtlich der vom Abg. Skokan aufgeworfenen Fragen des Disziplinarverfahrens stellt der Redner fest: Wir haben dafür zu sorgen, daß nicht dauernd wegen einiger weniger die große Zahl der Wiener Gemeindeangestellten in der Öffentlichkeit verunglimpft wird. Je besser wir uns von den Schlechten trennen, umso mehr werden wir die gute Leistung der großen Zahl der Wiener Gemeindebediensteten verteidigen können, und sie werden damit eine entsprechende Würdigung ihrer Arbeitsleistung in der Öffentlichkeit erfahren. (Beifall bei den Sozialisten.) Bewußte Minderleistungen sollen zum Ausscheiden aus dem Dienst der Stadt Wien führen. Wer am Ersten seinen Gehalt bekommt, der soll auch an den Arbeitstagen zwischen dem Ersten und dem Letzten der Allgemeinheit eine entsprechende Arbeitsleistung geben.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf unter Ablehnung der von der Volksoption eingebrahten Anträge einstimmig beschlos-  
sen.

#### Wiener Gasgesetz beschlossen

Abg. Bock (SPÖ) referiert die Gesetzesvorlage über die Erzeugung, Lagerung, Leitung und Verwendung brennbarer Gase in Wien, das sogenannte Wiener Gasgesetz. Wie der Berichtstatter ausführt, ist es bald ein Jahr her, daß der Wiener Landtag den Gesetzentwurf für das Gasgesetz zum Beschluß erhoben hat. Wenn heute dieser Entwurf in abgeänderter Form neuerlich vorgelegt werden muß, dann deswegen, weil durch den Einspruch der Bundesregierung einige Än-



derungen vorgenommen werden mußten. Die Einwände hatten zum Ziel, dem Gesetzentwurf eine genauere Ausdrucksweise in den Fragen der Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Ländern zu geben.

Der Referent brachte den Abgeordneten in Erinnerung, daß zum erstenmal 1906 durch das "Gasregulativ" diese Materie geregelt wurde. 1939 trat dann das deutsche Energie-Wirtschaftsgesetz in Kraft. Da das Gesetz und seine Bestimmungen dem derzeitigen Stand der Wissenschaft nicht mehr entsprechen und außerdem die Regelung der Materie durch österreichische Gesetze notwendig wurde, hatte der Magistrat einen Entwurf ausgearbeitet. Auf Grund des Einspruches der Bundesregierung wurde nun in Verhandlungen der neue Gesetzeswortlaut festgelegt. Die Änderungen betreffen u.a. die Aufzählung der Umstände, unter denen wegen Kompetenz des Bundes die Bestimmungen des Gesetzes nicht gelten.

Das Gesetz wurde ohne Debatte in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

#### Ein Auslieferungsbegehren

Abg. Maria Jacobi (SPÖ) referiert sodann über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 12. April um Zustimmung zur Verfolgung des Landtagsabgeordneten Bruno Marek (SPÖ) wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre. Das Immunitätskollegium hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und ist zur Überzeugung gekommen, daß die Auseinandersetzung, die in Form von Zeitungsartikeln geführt wurde, rein politischen Charakter aufweist. Es wird daher vorgeschlagen, dem Auslieferungsbegehren nicht stattzugeben. Der Antrag der Referenten wird gegen die Stimmen der WdU angenommen.

Damit schließt die Sitzung des Wiener Landtages.



Vorschuß auf den 13. Monatsbezug der Gemeindebefürsorgten  
=====

Erhöhung der Handgelder, Blindenzulage, Taschengelder und Tag-  
gelder für die Pfleglinge in den städtischen Altersheimen

21. Mai (RK) Unter den Anträgen, die heute in der Sitzung des Wiener Gemeinderates eingebracht wurden, befand sich auch einer der sozialistischen Gemeinderäte Mistingner, Antonie Alt und Frieda Nödl betreffend einen Vorschuß auf den 13. Monatsbezug an die in Dauerfürsorge der Gemeinde Wien stehenden Personen. In diesem Antrag heißt es, verschiedene Erklärungen maßgebender Organe des Bundes lassen erwarten, daß die Auszahlung eines 13. Monatsbezuges an die Sozialrentner verwirklicht werden wird. Die Stadt Wien hat sich für diesen Fall bereit erklärt, auch den in Dauerfürsorge der Gemeinde Wien stehenden Personen einen 13. Monatsbezug zu bezahlen. Diese Situation rechtfertigt es, diesen Dauerunterstützten schon jetzt zum Teil in den Genuß dieser zusätzlichen Fürsorgeleistung zu setzen. Der Amtsführende Stadtrat für das Wohlfahrtswesen, Vizebürgermeister Honay, wird daher beauftragt, unverzüglich dafür Vorsorge zu treffen, daß folgende Beträge als Vorschuß auf den zu erwartenden 13. Monatsbezug ausbezahlt werden: für Alleinstehende und Hauptunterstützte je 100 Schilling, für den jeweils ersten Mitunterstützten 70 Schilling und für jeden weiteren Mitunterstützten je 50 Schilling.

Ein weiterer Antrag der sozialistischen Fraktion, der von den Gemeinderäten Antonie Platzer, Franziska Krämer und Heigelmayr gefertigt ist, verlangt eine Erhöhung der Handgelder, der Blindenzulage, der Taschengelder und der Taggelder für die Pfleglinge in den städtischen Altersheimen und Obdachlosenherbergen. In der Begründung heißt es, daß diese Gebühren zuletzt mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1953 festgesetzt wurden. Sie sollen den Insassen der erwähnten Anstalten den Ankauf verschiedener kleiner Bedarfsartikel, vor allem von Rauchwaren und Zeitungen, ermöglichen. Nun wurden seit der Neufestsetzung der Taschengelder usw. die Preise der genannten Artikel erhöht, wodurch die Berechtigung des gestellten Antrages gegeben ist.

Beide Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatausschüssen zugewiesen.



## Wiener Gemeinderat

=====

21. Mai (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat im Anschluß an den Wiener Landtag der Wiener Gemeinderat zusammen. An Anfragen lagen vor: Von GR. Josef Doppler (WdU jetzt FSÖ) vier Anfragen, von der WdU sechs, vom Linksblock eine und von der ÖVP zwei Anfragen.

Ein Antrag der SPÖ betrifft "einen Vorschuß auf den 13. Monatsbezug an die in Dauerfürsorge der Gemeinde Wien stehenden Personen"; ein weiterer Antrag der SPÖ verlangt eine "Erhöhung der Handgelder, Blindenzulage, Taschengelder und Taggelder für die Pflinglinge in den städtischen Altersheimen und Obdachlosenherbergen". Drei Anträge der WdU betreffen "Wiederaufnahme des Betriebes der Straßenbahnlinie 15"; "Verlängerung der Betriebsdauer der städtischen Verkehrsmittel während der Sommermonate"; "Wiederaufstellung von Sitzbänken entlang der Kolingasse im 9. Bezirk". Drei Anträge des Linksblockes betreffen "Wiedereinführung des Kurzstreckentarifes auf den städtischen Straßenbahnen"; "Umgestaltung des Geländes des sogenannten Lehrersportplatzes im 17. Wiener Gemeindebezirk zu einem Erholungsort für die Hernalser Bevölkerung"; "Ausbau der Straßenbahnlinie 167 zu einer zweigeleisigen Strecke". Neun Anträge der ÖVP betreffen "Errichtung weiterer Gesundenuntersuchungsstellen"; "Befreiung von der Vergnügungssteuer der am Kultur Groschen beteiligten 'Wiener Theater"; "Errichtung eines Löschteiches in der Rotte Hochrotterd des Gemeindegebietes 25., Breitenfurt sowie die Beistellung einer Tragkraft-Spritze Typo HW 80 plus A-B-C-Schläuche an die Freiwillige Feuerwehr Breitenfurt"; "Rückgabe der den ehemaligen Nationalsozialisten entzogenen Möbel"; "Anwendung der Ö-Normen bei Vergebung von Arbeiten und Lieferungen"; "Übernahme je eines Sprechtheaters und eines Operettentheaters durch die Stadt Wien"; "Aufnahme von Anleihen und Durchführung von Kreditoperationen zum Zwecke der Herbeischaffung der Mittel für die Bau- und Investitionsaufgaben der Stadt Wien"; "Erhöhung der Sätze für die Dauerbefürsorgten der Gemeinde Wien"; "Rentabilität der Motorgrader der Gemeinde Wien". Ferner brachte der Linksblock einen Antrag betreffend "eine Entschliebung des Wiener Gemeinderates, von den Großmächten eine Vereinbarung über das Verbot der Atomwaffe zu fordern" ein. Die dringliche Behandlung wird verlangt.



Die ÖVP brachte einen Antrag auf "Gewährung von Zusatzrenten an die Dauerbefürsorgten" ein. Auch hier wird die dringliche Behandlung verlangt. Eine Anfrage der ÖVP schließlich betrifft "Vorfälle im Fürsorgeamt Margareten". Die Verlesung der Anfrage wird verlangt.

Hierauf wird die Nachwahl von zwei Mitgliedern des Verwaltungsausschusses der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien vorgenommen. Einstimmig gewählt werden Stadtrat Dkfm. Natheschläger und Baumeister Ing. Franz Wöber.

(Unterbrechung des Berichtes über die Sitzung des Wiener Gemeinderates.)

Fachmann für "Herd"-Forschung in Wien  
=====

21. Mai (RK) Die sogenannten Herdkrankheiten bieten der medizinischen Wissenschaft auch heute noch ein reiches, unausgeschöpftes Arbeitsfeld. Zum Unterschied von den Infektionskrankheiten versteht man unter Herdkrankungen jene, die aus einer lokal unbemerkten chronischen Entzündung ihre schädliche Wirkung auf andere Organe ausstrahlen. Dabei können Herzleiden, Kreislaufstörungen, Rheuma, Nierenerkrankungen und sogar gewisse Nervenkrankheiten ausgelöst werden. Auch in der Öffentlichkeit bekannt ist zum Beispiel die Möglichkeit einer Rheumaerkrankung durch schlechte Zähne. In Wien besteht schon seit fünf Jahren im Krankenhaus Lainz eine Arbeitsgemeinschaft für Herdforschung, die auch im Ausland große Beachtung gefunden hat. Diese Arbeitsgemeinschaft setzt sich zusammen aus Ärzten der Neurologischen Abteilung, der Hals-, Nasen-, Ohrenabteilung und der Zahnstation des Krankenhauses Lainz.

Ein führender Arzt aus Frankfurt am Main, Univ.Prof.Dr.Konrad Thielemann, Geschäftsführender Präsident der Arbeitsgemeinschaft für Herdforschung in Frankfurt, ist nun nach Wien gekommen, um die Einrichtungen in Lainz, deren Forschungsergebnisse und Arbeitsmethoden kennenzulernen. Prof.Dr. Thielemann wurde heute vormittag in Begleitung von Primarius Dr. Aiginger und Dr. Perger im Wiener Rathaus von Vizebürgermeister Weinberger empfangen. Der Vizebürgermeister unterhielt sich längere Zeit mit seinem Gast und gab der Freude Ausdruck, daß die Wiener medizinischen Einrichtungen auch auf diesem Gebiet im Ausland Interesse und Anerkennung finden.



Die große Schultasche der Gemeinde Wien  
=====

21. Mai (RK) Der Gemeinderatsausschuß für Wirtschaftsangelegenheiten, dem die Ausstattung der Wiener Pflichtschulen mit allen beweglichen Gütern obliegt, beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Anschaffung von Zeichenrequisiten und Schreibmaterialien für die Wiener Volks-, Haupt-, Sonder- und Berufsschulen. Die Bestellliste an die Papierindustrie und an viele Wiener Schulrequisitenerzeuger ermöglicht einen interessanten Einblick in Angelegenheiten der städtischen Schulverwaltung. Der Gemeinderatsausschuß genehmigte für das Schuljahr 1954/55 den Ankauf von 3,5 Millionen Stück Schreibheften und große Mengen von Zeichenblättern, Löschblättern und Zeichenmappen. Für diese Ankäufe wurden rund 2 Millionen Schilling bereitgestellt. Für die Herstellung werden 230 Tonnen Papier gebraucht. Diese Menge entspricht etwa einem Zehntel des Monatsbedarfes sämtlicher österreichischer Tageszeitungen oder 23 Waggonladungen. Weiter wurden für 1 Million Schilling Zeichenrequisiten wie Reißzeuge, Reißbretter, Lineale, Winkelrahmen, Schreibfedern und Bleistifte angekauft.

(Fortsetzung des Berichtes über die Sitzung des Wiener Gemeinderates.)

Stadtrat Sigmund (SPÖ) referiert sodann über Änderungen der Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien. Die Änderungen sehen die Beseitigung verschiedener Härten vor, zum anderen Teil dienen sie der Verdeutlichung der bereits bestehenden Bestimmungen. Unter anderem wird klargestellt, welche Personen als Angehörige von Mitgliedern gelten, sowie wann Angehörige die Anspruchsberechtigung für Kassenleistungen verlieren, ferner die Beitragsleistung bei Dienstenthebungen, die Beistellung von Heilbehelfen bei Dienstunfällen usw. Diese Änderungen werden an dem der Beschlußfassung folgenden Monatsersten wirksam.

GR. Josef Doppler (WdU jetzt FSÖ) begrüßt diese Satzungsänderungen und verweist darauf, daß er seit Jahren solche Verbesserungsanträge eingebracht habe, die nun wenigstens zum Teil erfüllt wurden. Einige Paragraphen bedürfen jedoch noch der Verbesserung.



Der Redner bittet um Aufklärung, warum die Mitgliederzahl des Verwaltungsausschusses von 12 auf 6 verringert wurde. Er bezeichnet dies als sehr nachteilig, da dadurch nur mehr Vertreter von großen Parteien in diesem Verwaltungsausschuß vertreten sein können.

Stadtrat Sigmund erklärt, daß der Verwaltungsausschuß nur eine vorberatende Körperschaft ist. Weil er bisher zu groß war, hat man ihn nie einberufen, sondern es wurde im Vorstand beraten. Die Verkleinerung des Ausschusses erweise sich daher als zweckmäßig.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Über den nächsten Punkt der Tagesordnung, die Änderung der Beförderungsbestimmungen für Kinder auf den städtischen Verkehrsmitteln, referierte Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP). Man könne hier von keiner Tarifmaßnahme mehr sprechen, da es sich hier schon um eine rein soziale Maßnahme handelt. Während die Ermäßigung der Kinderfahrtscheine im Jahre 1918 höchstens 50 Prozent betrug, macht sie jetzt 77, bzw. 80 Prozent des Tagesfahrtscheines aus. Nach der Neuregelung, die bereits seit 17. Mai in Kraft ist, und nun noch nachträglich genehmigt werden muß, sollen Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr in Begleitung (bis zu 2 Kinder je Begleitperson) auf Straßenbahn, Stadtbahn und Autobus (Obus) unentgeltlich befördert werden, wenn für die Kinder kein besonderer Platz in Anspruch genommen wird. Sonst sind für jedes Kind unter 1.50 m Größe bis zum vollendeten 14. Lebensjahr für eine Fahrt mit oder ohne Umsteigen in der Zeit zwischen fahrplanmäßigem Betriebsbeginn und Betriebs-schluß auf der Straßenbahn, bzw. Stadtbahn 30 Groschen, auf dem Autobus (Obus) bis zu einer Fahrstrecke von 8.75 km 50 Groschen, darüber 1 Schilling zu bezahlen. Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr, die größer als 1.50 m sind, haben bei Benützung des Kindesfahrtscheines eine schulamtliche Altersbescheinigung vorzuweisen.

Bei den Verkehrsbetrieben ergibt sich durch diese Maßnahme ein Einnahmenentfall von rund 3 Millionen Schilling jährlich. Auf Grund der großen sozialen Bedeutung und auf Grund der veränderten Voraussetzungen - die Kinder sind heute viel größer als in früheren Jahren - glauben die Wiener Verkehrsbetriebe dieser Maßnahme zustimmen zu können. Der Redner ersucht um nachträgliche Genehmigung des Antrages.



GR. Wicha (WdU) begrüßt den Antrag auf Änderung des Kinder-tarifes als zeitgemäß und sozial begründet und erklärt, seine Fraktion werde dafür stimmen. Er bedaure nur, daß im Mai vorigen Jahres ein gleichartiger Antrag der WdU von den Mehrheitsparteien abgelehnt wurde, sodaß gerade kinderreiche Familien über ein Jahr auf diese Tarifverbesserung warten mußten. Schließlich ersucht der Redner den Bürgermeister, auf den Stadtschulrat einzuwirken, daß die erforderlichen Schülerlegitimationen rasch an die Kinder verteilt werden.

GR. Lauscher (LBl.) betont, daß auch seine Partei den vorliegenden Antrag begrüße und selbstverständlich dafür stimmen werde. Seine Fraktion habe in diesem Hause immer den Grundsatz vertreten, daß für alle städtischen Einrichtungen, die Kinder benützen, nur ein Anerkennungsbeitrag eingehoben werden dürfe. Der vorliegende Antrag trage diesem Grundsatz Rechnung. Der Redner bedauert, daß dieser Antrag erst jetzt dem Gemeinderat vorgelegt wurde.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) erklärt namens der ÖVP: Wir freuen uns, daß mit der Kinderfahrpreisermäßigung bis zum 14. Lebensjahr den Eltern wirklich geholfen werden kann. Wir wollen hoffen, daß das Bekenntnis zur Familie und zu den Kindern auch auf verschiedenen anderen Sektoren in der Verwaltung dieser Stadt zum Durchbruch kommt. Es muß vor allem auch die Förderung der Familie auf dem Gebiete des Wohnungswesens und des Bauens von Wohnungen für kinderreiche Familien ebenso tatkräftig unterstützt werden. Wir müssen den Eltern helfen, die Lasten für die Kinder zu tragen. Wir wollen die Freude am Kind wecken und dazu beitragen, daß Wien von einer kinderarmen wieder zu einer kinderreichen Stadt heranwachse. Die Stadtverwaltung möge sich mit dem Gedanken beschäftigen, eine Familienausflugskarte für kinderreiche Familien einzuführen, denn es ist eine soziale Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die Familien am Sonntag hinaus ins Grüne fahren können. Im übrigen stimmt die Volkspartei diesem Antrag mit Freuden zu. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Maria Jacobi (SPÖ) erklärt zunächst zu den Ausführungen der Vorredner: Die Wiener Bevölkerung ist politisch so interessiert und so geschult, daß sie genau zwischen wirklichem Tun und Schein unterscheiden kann. Sie durchschaut die Stellungnahme der beiden kleinen Oppositionsparteien, sie vermag aber auch genau abzuschätzen, was hinter dem Tun der ÖVP steht. Die Wiener Bevöl-



kerung weiß, welche Errungenschaften ihr die Sozialistische Partei in den letzten Jahrzehnten gebracht hat. Wenn heute die Menschen älter werden, so ist es auf die besseren Lebensbedingungen zurückzuführen. Diese besseren Lebensbedingungen für die arbeitende Bevölkerung sind aber von den Sozialisten dieses Landes errungen worden. (Beifall bei der SPÖ.) Die Wiener Bevölkerung erinnert sich noch gut, in welcher Weise die Christlichsoziale Partei jede Maßnahme einer neuen Fürsorgeeinrichtung mit wütendem Haß bekämpft hat. (GR. Hiltl: Das ist eine Lüge!) Wenn aber die Vertreter der heutigen Volkspartei glauben, der Wiener Bevölkerung beweisen zu müssen, daß sie heute anders dächten als die Vertreter der damaligen bürgerlichen Parteien, so müßten sie das doch manchmal geschickter machen. Es mutet doch etwas merkwürdig an, sagt die Rednerin, wenn an einem Tag, an dem der Wiener Bürgermeister vor einer sozialistischen Frauenkonferenz in Wien die Mitteilung macht, daß die sozialistischen Gemeinderäte den Antrag stellen werden, den Kinderfahrpreis abzuändern, zur gleichen Stunde angeblich der Klub der Gemeinderäte der ÖVP fast wortwörtlich denselben Antrag gefaßt haben soll. (GR. Wicha: Im vorigen Jahr habt Ihr beide unseren Antrag abgelehnt!)

Bei dem vorliegenden Antrag handelt es sich im übrigen nur um eine Ausfeilung der bisherigen Tarifordnungen, die sich gegenüber den Tarifen anderer Länder wohltuend und weitgehend unterschieden haben. Diese Ausfeilung war notwendig, weil sich die Kinder dieser Stadt besser entwickeln und heute größer werden als noch vor 20 Jahren. Damals sind Kinder mit 14 Jahren im allgemeinen nicht größer als 1.50 Meter gewesen, heute sind sie aber durch die geänderten Lebensverhältnisse besser entwickelt.

Als Vertreter der Sozialistischen Partei, für die dieser Antrag auf der Linie ihres Programme liegt, begrüßen wir diese Maßnahme und werden selbstverständlich dafür stimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Dkfm. Nathschläger gibt in seinem Schlußwort der Genugtuung Ausdruck, daß der Gemeinderat sich einstimmig für eine Maßnahme ausspricht, die wirklich der ganzen Bevölkerung, besonders aber unseren Familien in Wien zugute kommt. Zu der Anregung auf Einführung von Familienausflugskarten erklärt er, daß er sie befürwortete. Die Wiener Verkehrsbetriebe seien allerdings nicht in der Lage, die daraus erwachsenden Belastungen auf sich zu nehmen. Die Familienausflugskarten müßten von der Stadt Wien, etwa vom Wohl-



fahrtsamt subventioniert werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Änderung der Kinderfahrpreisbestimmungen einstimmig angenommen.

### Kredite an Kleingewerbetreibende

Stadtrat Resch (SPÖ) berichtet hierauf über die Gewährung eines Zuschusses von 1 Million Schilling für eine Kreditaktion, die vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau angeregt wurde. Dieses Ministerium hat in seinem Budget 6 Millionen Schilling für die Gewährung von Krediten an Kleingewerbetreibende eingesetzt und der Gemeinde Wien das Angebot gemacht, davon 2 Millionen für Wiener Gewerbetreibende zur Verfügung zu stellen, wenn die Gemeinde, bzw. die Bundeskammer einen gleichen Betrag zur Verfügung stelle. Die Gemeinde Wien und die Wiener Kammer der gewerblichen Wirtschaft sind übereingekommen, je 1 Million Schilling für diese Kreditaktion bereitzustellen.

Die Kredite an Klängewerbetreibende sollen bis zu einer Höhe von 20.000 S für die Dauer von drei Jahren mit einem Höchstzinssatz von 5 Prozent gewährt werden können und sollen noch an die Bedingung gebunden sein, daß diese Betriebe nicht mehr als vier Arbeitskräfte beschäftigen. Der Jahresumsatz darf bei arbeitsintensiven Betrieben 150.000, bei warenintensiven Betrieben 250.000, bei Handelsbetrieben 350.000 und beim Lebensmittelhandel 450.000 S nicht übersteigen.

GR. Josef Doppler (WdU, jetzt FSÖ) begrüßt die Aktion, befürchtet aber, daß sie fast zu spät kommt; er meint, daß an die 10 Millionen notwendig wären, um etwas Sichtbares und Wirksames zu erzielen. Die Klängewerbetreibenden waren bisher von den Kreditaktionen, die praktisch nur der Industrie und insbesondere der verstaatlichten Industrie zugute kamen, ausgeschlossen. Ihre Kreditnot war ungeheuer, aber trotz größter Bemühungen war es ihnen nirgend möglich, Geld kurzfristig und mit verbilligtem Zinsfuß zu erhalten. Es ist erfreulich, daß nunmehr Beträge bis zu 20.000 S zu einem halbwegs erträglichen Zinsfuß gewährt werden können.

Die Notlage des Kleingewerbes ist ungeheuer, was schon daraus hervorgeht, daß 77 Prozent aller Gewerbetreibenden weniger als 1000 S im Monat verdienen. Bei der Vergebung der Kredite sollte man versuchen, zwei allein nicht mehr existenzfähige Betriebe zu-



sammenzulegen, um so einen rentableren Betrieb zu schaffen und die dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten weiter beschäftigen zu können. Im Gewerbe sind weit mehr Menschen beschäftigt als in den Großbetrieben, und so ist zu hoffen, daß diese Aktion auch einen Beitrag gegen die Arbeitslosigkeit bringt.

Es ist allerdings zu befürchten, daß diese nachhinkende Maßnahme keinen vollen Erfolg haben wird, weil die einzelnen Haushalte durch den Unfug übermäßiger Ratengeschäfte schon erschöpft sind.

Der Redner gibt der Vorlage seine Zustimmung und bittet, die Kreditansuchen rein nach der Bedürftigkeit und sachlichen Erwägungen zu behandeln.

GR. Römer (ÖVP) erinnert daran, daß auch die Gruppe der Handel- und Gewerbetreibenden ihren redlichen Teil zum Aufbau dieser Stadt beigetragen hat. Obwohl man sich auch in letzter Zeit bemüht, dieser ehemaligen Gruppe des Mittelstandes, die heute als "Stand ohne Mittel" bezeichnet werden muß, gerecht zu werden, hat es doch bis jetzt an tatkräftiger Hilfe gemangelt. Die Kreditnot im Kleingewerbe ist furchtbar, und die Kreditbestimmungen sind so hart, daß sie der größte Teil der Kreditwerber nicht erfüllen konnte. Unserem seinerzeitigen Antrag wurde nicht Rechnung getragen, umso mehr freuen wir uns darüber, daß durch die Initiative des Handelsministers vier Millionen zur Verfügung gestellt werden. Da aber bei Vergebung der Höchstsumme von 20.000 Schilling nur 200 Gewerbetreibende dieser Begünstigung teilhaftig werden könnten, kann mit Fug und Recht die Forderung aufgestellt werden, daß über diesen Rahmen hinaus von der Gemeinde Beträge bereitgestellt werden.

Bei der Gewährung der Kredite wird es keinen Bürokratismus geben, und die Tatsache, daß die Kammer der gewerblichen Wirtschaft mit dieser Aufgabe betraut ist, gibt die Gewähr, daß nur nach sachlichen Momenten gearbeitet wird.

Der Redner verbindet die Zustimmung zur Vorlage mit dem Dank an den Handelsminister. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Jodlbauer (SPÖ) weist den Vorwurf des Gemeinderates Doppler einer Zuspät-Politik zurück und erklärt, daß, soweit diese Aktion in Frage kommt, die Gewähr dafür gegeben ist, daß in der Kammer der gewerblichen Wirtschaft nur nach sachlichen Momenten gearbeitet wird, weil auch ein Vertreter der Gemeinde



Wien mitarbeiten wird. Gegenüber dem Gemeinderat Römer stellt er berichtend fest, daß diese Aktion nicht ein Kind des heutigen Handelsministers ist, sondern die Bundessektion Gewerbe über Anregung der Sozialistischen Fraktion bereits im Jahre 1948 vorgeschlagen hat, beim Handelsministerium zwecks Bereitstellung von Kreditmitteln für das Kleingewerbe vorstellig zu werden. Wenn der Handelsminister nunmehr in das Budget für 1954 13 Millionen Schilling für Wirtschaftsförderung einbauen ließ, so hat er diesen Zeitpunkt wahrscheinlich im Hinblick auf die im Jahre 1955 stattfindenden Handelskammerwahlen gewählt, weil er die politische Bedeutung dieser Wahlen voll einzuschätzen weiß. Neben dem Bestreben, dem Gewerbe zu dienen, hat er sicher auch diesen politischen Zweck verfolgt.

Der Redner vertritt die Meinung, daß ein Eingreifen der öffentlichen Hand nicht notwendig wäre, wenn die Institute, die sich mit Geldwirtschaft beschäftigen, eine entsprechende Kreditpolitik betrieben und billige Kredite bereitstellten. Seit über einem Jahr verlangt die Sozialistische Partei eine Herabsetzung der Bankrate, leider weigern sich die Vertreter der ÖVP und der Finanzminister, die Bankrate von 4 Prozent auf  $3\frac{1}{2}$  Prozent herabzusetzen. Die Entwicklung wird aber den Sozialisten recht geben.

Der Redner macht dann die aufsehenerregende Mitteilung, daß die Vertreter des Geld- und Kreditwesens beim Handelsminister vorgesprochen und gegen diese Aktion mit der Begründung Einspruch erhoben haben, daß die Vergebung von Krediten nur eine Angelegenheit der Banken wäre. Der Handelsminister hat diesen Einspruch zurückgewiesen, worauf die Bankenvertreter den Beschluß faßten, auch ihrerseits einen Betrag von zirka 62 Millionen Schilling mit einer sechsprozentigen Verzinsung für billige Gewerbekredite zur Verfügung zu stellen.

Diese Kreditaktion wird auch ein entscheidender Schlag gegen alle privaten Geldverleiher sein, die heute die Not der kleinen Handels- und Gewerbetreibenden mit Wucherzinsen ausnützen. Die Sozialisten haben bewiesen, daß sie die Interessen des Kleingewerbes und der Handeltreibenden voll und ganz vertreten und ihnen alle Förderung angeeignet lassen, damit Wien einen gesunden Handels- und Gewerbebestand hat. (Beifall bei den Sozialisten).

In seinem Schlußwort gibt Stadtrat Resch die Erklärung ab, daß die Gemeinde Wien, falls sich die Aktion als ungenügend herausstellen sollte, ohne weiteres bereit ist, ihren Beitrag zu erhöhen,



wenn dies auch Bund und Kammer tun. (Beifall bei den Sozialisten.)  
Einer der entscheidenden Einwände gegen den sozialistischen Antrag im Generalrat der Nationalbank auf Herabsetzung der Bankrate auf  $3\frac{1}{2}$  Prozent war, daß seit langem zwischen den Bankraten von Deutschland und England und jener Österreichs ein Unterschied von einem halben Prozent bestand und die Gleichsetzung unserer Bankrate wirtschaftlich nicht berechtigt wäre. Mittlerweile haben England und Deutschland ihre Bankrate auf 3 Prozent herabgesetzt, und es besteht also kein Grund mehr, gegen eine Herabsetzung der Bankrate auf  $3\frac{1}{2}$  Prozent einzutreten. (Beifall bei den Sozialisten.)

Wenn die Mitteilung des GR. Jodlbauer richtig ist, daß die Vertreter des Geld- und Kreditwesens beim Handelsminister Einspruch gegen diese Kreditaktion erhoben haben, dann glaube ich mich mit dem ganzen Hause einig, wenn ich diese völlig ungerechtfertigte Einmischung der Vertreter der Banken in das freie Beschlußrecht einer autonomen demokratischen Körperschaft mit aller Energie zurückweise  
Die Vorlage wird sodann einstimmig angenommen.

#### Subventionen der Gemeinde

Stadtrat Resch referiert über die nächsten drei Tagesordnungspunkte; die dritte Subventionsliste 1954, einen Antrag zur Stiftung eines Geld- und Ehrenpreises von 33.000 Schilling für ein internationales Galopprennen des Wiener Rennvereins und den gleichen Preis in der gleichen Höhe für das vom Wiener Trabrennverein veranstaltete internationale Meeting. Nach der Subventionsliste erhalten der Arbeiter-Abstinentenbund 5.000 Schilling, der Österreichische Arbeiter-Kraftsport-Verband, der heuer Weltmeisterschaften in Wien veranstaltet 30.000 Schilling, der Österreichische Jugendherbergs-Ring 10.000 Schilling, der Verband der christlichen Hausgehilfinnen 2.000 Schilling, der Verein zur Versorgung und Beschäftigung erwachsener Blinder 10.000 Schilling, der Schutzverband der Schwerhörigen Österreichs "VOX" 2.000 Schilling, der Wiener Taubstummen-Fürsorgeverband "WITAF" 3.000 Schilling und der Wiener Fischerei-Ausschuß 24.310 Schilling, zusammen Subventionen in der Höhe von 86.310 Schilling.



GR. Dr. Soswinski (LBl.) wendet sich dagegen, daß der Jugendherbergs-Ring jetzt, nachdem er wieder mit dem Deutschen Alpenverein in Beziehung steht, zum erstenmal eine Subvention bekommt. Er bezeichnet dies als ein kleines Beispiel dafür, wie in Österreich darauf Wert gelegt wird, die Einheit mit den Deutschen herzustellen. Bei der Subvention des Kraftsportverbandes bemängelt der Redner die geringe Höhe des Betrages und stellt dieser einmaligen Subvention gegenüber die jedes Jahr gegebenen 66.000 Schilling für den Pferdesport. Er tritt in diesem Zusammenhang wieder für die Einhebung von zusätzlichen Steuern bei den Reichen ein. Der Redner stellt ferner die Anträge, die für den Rennverein und den Trabrennverein vorgesehenen Geldbeträge der Krebsforschung zu widmen.

Stadtrat Resch verwahrt sich gegen die allgemeine Tendenz der Kommunisten, überall eine Anschlußgefahr zu sehen und weist darauf hin, daß die Subvention früher deswegen nicht gegeben wurde, weil die zwei Jugendherbergsverbände politisch orientiert waren. Nun, nachdem sie sich auf einer überparteilichen Basis zusammenschlossen, konnte zum erstenmal wieder eine Subvention bewilligt werden.

Zu der Kritik wegen der Subvention für den Kraftsportverband bemerkt der Referent, daß sich die Stadt Wien bereit erklärt habe, den gleichen Betrag wie der Bund zu geben, da es sich ja schließlich um keine Wiener, sondern um eine österreichische Veranstaltung handelt. Nachdem der Bund 30.000 Schilling zur Verfügung gestellt hat, wurde von der Stadtverwaltung der gleiche Betrag bewilligt.

Was die von Dr. Soswinski geforderten Luxussteuern anbelangt, bemerkte Stadtrat Resch, so wisse der kommunistische Redner selbst, daß es nach der Finanzverfassung unmöglich ist, daß das einer Körperschaft zugewiesene Steuerrecht von einer anderen zusätzlich in Anspruch genommen wird.

Bei der Abstimmung werden die Abänderungsanträge des Linksblockes abgelehnt; der Antrag des Referenten wird angenommen.

Stadtrat Thaller (SPÖ) referiert sodann über einen Antrag, betreffend die Aufstockung von 21 Wohnhäusern in der Siedlung



Rodaun. Diese Siedlung wurde während der NS-Ära in Angriff genommen und nach Kriegsende fertiggestellt. Die Häuser, die während der NS-Zeit gebaut wurden, eignen sich weder für den Einbau von Dachgeschoßwohnungen noch für eine Aufstockung. Bei den übrigen Häusern sollen nun durch eine Aufstockung 42 neue Wohnungen verschiedener Typen geschaffen werden. Die Gesamtbaukosten wurden mit 3,2 Millionen Schilling veranschlagt.

GR. Maller (LBl.) erklärt, seine Fraktion sei dafür, jede Gelegenheit zur Schaffung von Wohnraum zu ergreifen. Hier hätte jedoch bereits beim Bau der Häuser daran gedacht werden müssen, um ein Geschoß mehr zu bauen. Nun müssen die Bewohner dieser Häuser ihre Keller mit den neuen Mietern teilen. Der Redner bezeichnet auch die veranschlagten Kosten, die pro Wohnung mit 76.000 Schilling angenommen werden, für eine Aufstockung als zu hoch.

Stadtrat Thaller stellt abschließend fest, daß die Kellerabteile so groß sind, daß die Mieter keine zu große Belastung auf sich nehmen müssen. Was die Kosten betrifft ist zu sagen, daß sie äußerst vorsichtig errechnet wurden und man sie lieber, um spätere Zuschußkredite zu vermeiden, höher angenommen hat. Die Gemeinde Wien erspare aber durch diese Aufstockung die Grund- und die Aufschließungskosten, die beträchtlich sind.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Über den Ausbau des Hafens Freudenau zum Stückguthafen referierte gleichfalls Stadtrat Thaller. Während der NS-Zeit wurde bekanntlich der Hafen Albern und Lobau gebaut. Der Hafen Albern dient für Massengüter, der Hafen Lobau ist ein ausgesprochener Ölhafen. Der Hafen Freudenau hat in der Kriegszeit außerordentlich gelitten. Ein Teil davon ist außerdem noch von einer Besatzungsmacht in Anspruch genommen. Nun wolle man daran gehen, die Wiener Häfen auszubauen, da die Donauschifffahrt, die bis jetzt darniederlag, nun in größerem Maße zunehmen wird. Mit den zuständigen Ministerien fanden bereits Besprechungen statt. Es stellte sich hierbei heraus, daß eine Umwidmung des Hafens auf einen Stückguthafen erforderlich ist.



Der vorliegende Antrag sieht den Ausbau des Hafens Freudenau zum Stückguthafen vor. Die Kosten für die Errichtung des Hafens sind vom Bund und der Gemeinde aufzubringen. Die zuständigen Ministerien werden für die Aufbringung der nötigen Geldmittel vorsorgen und auch die Gemeinde Wien wird ihren Teil dazu beitragen. Nach den vorhandenen Geldmitteln soll der Hafen in Etappen ausgebaut werden.

GR. Kammermayer (ÖVP) erklärt, seine Fraktion habe bereits vor Jahren die Forderung nach dem Ausbau der Donauhäfen erhoben, bedauerlicherweise hat sich der Ausbau jedoch lange verzögert. Der Schiffsverkehr auf der Donau nehme ständig zu und es werden viele internationale Firmen unseren Hafen benützen. Linz und Preßburg haben uns beinahe schon überflügelt. Wien braucht diesen Hafen und wir haben hier vieles aufzuholen. Der Bau des Stückguthafens müsse daher so rasch als möglich in Angriff genommen werden. Eine wichtige Forderung ist auch die Schaffung eines Industriehafengebietes als Zollfreihafen. Für tausende Menschen würde dadurch Arbeit und Brot geschaffen werden. Seine Fraktion stimme dem Antrag zu, stelle aber die Forderung, daß möglichst rasch alles getan werde, damit Wien nicht nur einen Stückguthafen erhält, sondern eine Hafenstadt im Binnenverkehr wird, so wie sie es einst gewesen ist.

In seinem Schlußwort versichert StR. Thaller (SPÖ), daß die Gemeinde Wien bestrebt sei, gemeinsam mit den zuständigen Bundesstellen den Wiener Hafen entsprechend den Verkehrsbedürfnissen auszubauen.

Der Antrag des Referenten wird einstimmig angenommen.

#### Dringliche Anfragen

Nach Erledigung der Tagesordnung erhält GR. Lauscher (LL1.) das Wort zur Begründung der dringlichen Behandlung eines Antrages, betreffend das Verbot von Atombomben. Er fordert den Gemeinderat auf, sich dem Appell an die Großmächte anzuschließen, alles zu tun, um ehestens eine Vereinbarung über das Verbot der Atom- und Wasserstoffbomben abzuschließen.

Der Gemeinderat beschließt, diesem Antrag der Gemeinderäte Lauscher, Dr. Altmann, Maller und Genossen nicht die Dringlichkeit zuzuerkennen.



Auch für einen Antrag der GRc. Schwaiger, Kowatsch und Genossen, betreffend Gewährung von Zusatzrenten an die Sozialrentner, haben die Antragsteller die dringliche Behandlung verlangt.

Zur Begründung der Dringlichkeit erklärt GR. Schwaiger (ÖVP), man dürfe nicht übersehen, daß neben dem relativ kleinen Kreis der Dauerbefürsorgten auch eine große Gruppe von Sozialrentnern der allgemeinen Hilfe bedürfe. Die ÖVP stehe auf dem Standpunkt, daß die durch die Verminderung der Zahl der Dauerbefürsorgten ersparten Mittel nicht dazu verwendet werden dürfen, um Fürsorgepolitik in Form einer reinen Auslagenpolitik zu betreiben, sondern daß die Gemeinde Wien auch für die Sozialrentner, die auf Grund der beschränkten Mittel des Staates nicht entsprechend betreut werden können, aufzukommen hätte.

Die Antragsteller schlagen daher vor, daß die Gemeinde Wien ab sofort allen Sozialrentnern, deren Gesamteinkommen unter dem Existenzminimum liegt, eine Zusatzrente in folgender Höhe gewährt: a) wenn sie alleinstehend sind und ihr Gesamteinkommen weniger als 600 Schilling beträgt, eine Zusatzrente von 100 S monatlich; b) wenn sie für Angehörige zu sorgen haben und ihr Gesamteinkommen bei zwei Personen 700 S, bei drei und mehr Personen 800 S nicht übersteigt, eine Zusatzrente von 200 S monatlich. (Beifall bei der ÖVP.)

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) erklärt hiezu: Es besteht keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die gegenwärtig von der Sozialversicherung und vom Bund gezahlten Renten keinen sorgenfreien Lebensabend sichern. Darum hat die Sozialistische Partei auch einen Initiativantrag im Nationalrat eingebracht, der schon jetzt gewisse Verbesserungen und den 13. Bezug für die Sozialrentner verlangt. Die Stadtverwaltung hat nicht die Aufgabe, Rentner des Bundes zu unterstützen. Trotz des Rückganges der Zahl der Dauerbefürsorgten wurden infolge der erhöhten Leistungen keine Ersparungen erzielt. Wir Sozialisten sind der Meinung, daß der Bund für die Sozialrentner mehr geben und nicht immer von Steuerherabsetzungen reden soll. Das ist eine Politik, die die arbeitende Bevölkerung in diesem Staat nicht versteht. Die Gesetzentwürfe bezüglich der Rentner können nur in die Tat umgesetzt werden, wenn auch eine gewisse Erhöhung der Sozialversicherungsbei-



träge der arbeitenden Menschen eintritt, denn die Zahl der Sozialrenten ist in Österreich in ständigem Ansteigen begriffen.

Wir haben gegenwärtig in Österreich nicht weniger als 651.000 Sozialrentner. Davon entfallen auf Wien allein 215.000. Die Gemeinde Wien sorgt schon jetzt für jene Sozialrentner des Bundes, deren Lebensunterhalt infolge der geringen Sozialrenten nicht vollständig gewährleistet ist. Gegenwärtig werden rund 1800 Sozialrentner des Bundes von der Fürsorgeverwaltung der Gemeinde Wien mit Dauerunterstützungen betreut. Dazu kommen noch 600 Kleinrentner und rund 700 Kriegsbeschädigte.

Aus den angeführten Gründen kann die Mehrheit des Hauses der Behandlung der Dringlichkeit dieses Antrages nicht zustimmen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abstimmung wird das Verlangen auf dringliche Behandlung des Antrages abgelehnt.

Schließlich gelangt noch eine Anfrage der Gemeinderäte Mühlhauser, Kowatsch und Genossen, betreffend Vorfälle im Fürsorgeamt Margareten zur Verlesung. Darin wird ausgeführt, daß ein Fürsorgeamt ein Schreiben des sozialistischen Bezirksparteivorstandes von Margareten erhalten habe, welches noch zusätzlich mit dem Stempel des Fürsorgeamtes Margareten und der Unterschrift des Fürsorgeamtsvorstandes versehen war und einen Beschluß des SPÖ-Bezirksvorstandes zur Kenntnis bringt. Es handle sich hier um einen Mißbrauch der Einrichtungen der Gemeinde Wien für parteipolitische Zwecke. Die genannten Gemeinderäte richten an den zuständigen Stadtrat die Anfrage, ob er bereit ist, den Vorstand des Fürsorgeamtes Margareten hierfür entsprechend zur Verantwortung zu ziehen.

Bürgermeister Jonas teilt mit, daß die Antwort auf schriftlichem Wege erfolgen wird.

#### 667 neue Gemeindewohnungen

Unter den Geschäftsstücken, die ohne Debatte angenommen wurden, befanden sich die Entwürfe und Kosten für sechs neue städtische Wohnhausanlagen mit zusammen 667 Wohnungen, deren Baukosten mit 53,8 Millionen Schilling angenommen werden, ferner die Verlängerung der Autobuslinie 6, der Kauf von zwei Privatleichenbestattungen in Gumpoldskirchen und in Klosterneuburg, ein Abkommen der



Stadt Wien mit der Perlmoser-Zementwerke AG über den Bezug von 90.000 Tonnen ungesacktem Zement, der Entwurf und die Kosten für ein Garderobehaus und die Beleuchtung auf dem städtischen Spielplatz Oberleitengasse in Döbling, sowie zahlreiche Abänderungen und Neufestsetzungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen, Baubewilligungen, Ankäufe und Verkäufe.

Schluß der Sitzung um 16.05 Uhr.